

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neuberger, Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 2.—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich M. 2.—.
Die 10teilige 32. zum breiten Teile M. 2.—, außerhalb Sachsens M. 11.—, Familienkreise 2 1/2 Mal höher. Bezugsgebühren auf Fern- und Auslandsendungen gegen Vorauszahlung. Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 2.50

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Georgenfeld-Zinnwald (Sachsen)
Bahnhof: Geising-Altendorf
Kipdorf: Staatl. Kraftwagenlinie Georgenfeld

Sporthotel Lugsteinhof

O. Zimens

Georgenfeld-Zinnwald (Sachsen)
Telegr.-Adr.: Lugsteinhof Zinnwald (Sachsen)
Fernsprecher: Lauenstein 99

In wundervoller Höhenlage von 900 m mit unvergleichlich schönem Fernblick auf die Sächsische Schweiz, das Riesengebirge und den Milleschauer

Sonnabends: Reunion — Sonntags: Künstler-Kapelle

Behagliche, vornehme Räume. Erstkl. Verpflegung. Solide Preise. Pension: Zimmer einschl. reichlicher erstkl. Verpflegung 300 M., ohne Verpflegung 100 M.

Ein Attentat auf Millerand.

Der verwechsellte Wagen des Präsidenten.

Paris, 14. Juli. Nach einer Panikmeldung wurde heute vormittag 11 1/2 Uhr an der Ecke der Champs Elysées und der Avenue Marigny auf den Präsidenten Millerand, als dieser von der Parade zurückkehrte, ein Attentat verübt. Der Täter feuerte drei Revolverkugeln auf den vermeintlichen Wagen Millerands ab, in dem sich jedoch nicht Millerand befand, sondern der Polizeipräsident, während Millerand in dem Wagen des Polizeipräsidenten folgenden Wagen saß. Die Kugel schlug auf den Angreifer, der arg zugerichtet wurde, und wandte sich dann dem Wagen des Präsidenten Millerand zu und rief: „Fahren Sie nicht weiter, man hat soeben geschossen.“ Millerand, der das Attentat nicht bemerkt hatte, gab Anweisung, den Weg fortzusetzen. Nachdem er bei seiner Ankunft im Elysée von dem Anschlag in Kenntnis gesetzt worden war, wurde er vom Polizeipräsidenten beurlaubt. Der Angreifer ist ein gewisser Guyave Bonnet. Er ist 20 Jahre alt und Zeichner in einer Automobilfabrik.

Wie zu dem Attentat ergänzend berichtet wird, befand sich der Wagen des Polizeipräsidenten von Paris gerade auf der Rückkehr von der aus Anlass des Nationalfeiertages abgehaltenen Parade. Der Polizeipräsident Mandin blieb unverwundet. Der Täter hat nach seiner Verhaftung eingestanden, daß er beabsichtigt habe, den Ministerpräsidenten Poincaré zu erschließen.

Paris, 14. Juli. Der Urheber des Attentatsverfuches auf den Präsidenten Millerand gehört der Kommunistischen Partei an und ist mehrfach vorbestraft. Er erklärte bei seiner Vernehmung, er habe geschossen, um die Aufmerksamkeit auf die Lage des Proletariats zu lenken.

Optimismus des englischen Schatzsekretärs.

London, 11. Juli. (Unterhaus.) Bei der dritten Lesung der Finanzvorlage hielt der Schatzsekretär eine Rede, in der er u. a. sagte, die Voranschläge hätten sich bisher als vollkommen richtig erwiesen. Die Finanzlage des Landes habe sich ständig gebessert. Der englische Kredit stehe höher als vor 3 Monaten. Der Wert des Pfundes sei höher als zu irgendeiner Zeit seit 1914. Die große Veränderung, die in Deutschland eingetreten sei, verursache natürlich ernste Bedenken. Diese Angelegenheit werde im Einklang mit den Alliierten baldigst behandelt werden. Ein weiterer Aufschwung sei nicht möglich. Das Gaus werde sicherlich bei der gegenwärtigen belakten Lage darauf verzichten, irgend welche besonderen Einzelheiten über das was vorgeht zu erhalten. Die Beziehungen Großbritanniens zu den Vereinigten Staaten und die Frage der englischen Schulden in Amerika beschäftigten die Regierung dauernd. Die Schulden in Amerika seien Ehrenschulden und würden unbedingt abgetragen werden. Der kürzlich von den Vereinigten Staaten empfangenen Aufforderung, die Frage der Forderung der Schulden zu erwägen, werde Folge gegeben werden. England sei heute in einer stärkeren Position als jemals seit dem Waffenstillstand. Zum Schluß seiner Rede sagte Sir Robert Sornes, es sei kein Grund vorhanden, die gegenwärtige Lage verzweifelt anzusehen. Er glaube, es werde ein Weg gefunden werden, um die ernsten Gefahren auf finanziellem Gebiete zu vermeiden und in dieser Beziehung werde England eine große Rolle spielen können.

Zusammenschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen.

Berlin, 14. Juli. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Reichstagsfraktion der Unabhängigen haben am Freitagabend nach Vorgesprächen der bisherigen Fraktionsvorsitze in getrennter Sitzung den übereinstimmenden Beschluß gefaßt, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen zusammenzuschließen. Dieser Beschluß wird im Laufe des Sonnabends der Regierung und den Reichstagspartei offiziell bekanntgegeben werden. (w. b.)

Geringe Entspannung in der inneren Krise.

Berlin, 14. Juli. Wie zur parlamentarischen Lage mitgeteilt wird, ist die Gefahr einer Reichstagsauflösung wieder etwas in die Ferne gerückt. Von allen Seiten wird auf einen Ausgleich hingearbeitet. Was die Frage der Annahme des Schlußgesetzes in dritter Lesung betrifft, so sei nach Befriedigung augenblicklich noch vorhandener Hindernisse damit zu rechnen, daß dieses Gesetz in dritter Lesung angenommen wird. Die Frage der Kabinettsweiterung ist noch nicht geklärt. Einer Regierung der Demokraten werde der Reichskanzler wahrscheinlich Folge leisten und von sich aus zunächst ohne Vertrag der Fraktionen eine Rekonstruktion des Kabinetts vornehmen. Gestern abend hat eine inoffizielle Besprechung der Unabhängigen Sozialdemokraten Dr. Hilferding und Dr. Breitscheid mit dem Reichskanzler stattgefunden. Wie verlautet, trägt sich Dr. Hilferding mit der Absicht, Dr. Hilferding als Reichminister in die Regierung zu berufen und das freie Portefeuille des Wiederaufbauministeriums zu übertragen. Gleichzeitig wolle er einem Mitglied der Deutschen Volkspartei oder wenigstens einem ihr nahestehenden Politiker oder Wirtschaftler den vakanten Posten des Außenministeriums anbieten. In Frage soll hierbei vor allem der frühere völksparteiliche Reichsminister

(Hört, hört!) Die Vorlage wurde darauf in dritter Lesung verlesen angenommen. Hierauf vertagte sich das Unterhaus. (W. T. B.)

Clyod George stellt die Vertrauensfrage.

London, 14. Juli. Nach einer längeren Unterhandlung mit der Regierung werde bei der Abstimmung am nächsten Montag die Vertrauensfrage gestellt. Es handelt sich um einen von 279 Mitgliedern des Hauses unterzeichneten Antrag, nach dem ein besonderer Ausschuss zur Berücksichtigung darüber ernannt werden soll, welche Veränderungen gegebenenfalls notwendig seien, um sicher zu stellen, daß Auszeichnungen usw. nur als Belohnung für öffentliche Verdienste gewährt werden.

Berabung der Eisenbahntarife — in England.

London, 14. Juli. Nach einer längeren Unterhandlung mit den Vertretern der englischen Industrie und den Eisenbahngesellschaften ist ein Abkommen unterzeichnet worden, wonach die Eisenbahntarife herabgesetzt werden, und zwar auf der Grundlage der Vorkriegszeit.

Die Bankiers sollen wieder helfen.

Paris, 14. Juli. Zur Antwortnote der Reparationskommission auf die Note der Alliiertenkommission vom 13. d. M. schreibt der „Petit Parisien“: Es ist wahrscheinlich, daß die beiden Fragen in den nächsten Tagen gemeinsam angeschnitten werden, nämlich die Bedingungen des Moratoriums und die Bedingungen einer Anleihe. Was das Moratorium anlangt, so scheint man französischerseits es nur bewilligen zu wollen, wenn sich Deutschland in Zukunft enthält, seinen inneren Zahlungen die tatsächliche Priorität vor denen zu geben, die es auf Reparationskonto zu leisten hat. Andererseits bemüht man sich auf britischer Seite, festzustellen, ob es möglich sei, eine neue Zusammenkunft der Bankiers herbeizuführen, damit unter besseren Bedingungen als im Mai die etwaige Begebung einer Anleihe für Deutschland geprüft werde. (w. b.)

Französisch-amerikanische Finanzbesprechungen.

Paris, 14. Juli. Ueber die gestrige erste Besprechung der französischen Finanzdelegierten Parmentier, Leneveu und Bayer mit dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon erfährt der Vertreter von Davis in Washington, daß das amerikanische Schatzamt Parmentier um Einreichung von Berichten über die französische Budgets des vergangenen, des laufenden und des kommenden Jahres, um die Statistik der französischen Produktion, des französischen Handels und der französischen Ein- und Ausfuhr erlucht habe, die ihm nur unvollständig vorlägen. Selbstverständlich könnten auch über alle übrigen Fragen zweckdienliche Auskünfte gefordert werden. Nach Zusammenstellung des Materials werde Mellon sofort die Kommission zusammenrufen, vor der Parmentier die nötigen Erklärungen abgeben werde. (W. T. B.)

Alliiertes Einspruch gegen die Ausländer-Wohnungssteuer in Berlin.

Berlin, 14. Juli. Einem Mittagsblatt zufolge sollen die Alliierten gegen eine vom Magistrat beschlossene erhöhte Steuer für Ausländer auf das Pfandhaus des bisherigen Betrages Einspruch erhoben haben. Die Ränderung der Steuerordnung liegt jetzt dem preussischen Minister des Innern zur Genehmigung vor.

v. Raumer kommen. Eine Entscheidung über diese Dinge dürfte aber erst dann fallen, wenn der Reichspräsident Obert aus Fremdenstadt in Berlin eingetroffen ist.

Korjantij Ministerpräsidenten-Kandidat.

Warschau, 14. Juli. Nachdem der Staatschef auf die Bildung einer neuen Regierung verzichtet hatte, versammelte sich heute vormittag ein Hauptauschuss des Sejm zu einer Sitzung und beschloß, seinen Kandidaten zum Ministerpräsidenten zu bestimmen. Gewählt wurde Korjantij mit 210 gegen 206 Stimmen. (W. T. B.)

Warschau, 14. Juli. Der Staatschef Pilsudski richtete an den Sejmarschall Franciszynski ein Schreiben, in dem er sagte, daß die Wahl Korjantios zum Ministerpräsidenten mit seinen Ansichten über die innere Lage des Staates im Widerspruch stehe, und er sich daher gezwungen sehen werde, in kürzester Zeit sein Amt niederzulegen. (W. T. B.)

Warschau, 14. Juli. Die sozialistische Fraktion des Sejm nahm in der Frage der Neubildung der Regierung eine Entschiedenheit an, in der es heißt, daß sie ein Kompromiß mit der Rechten und mit der mit dieser zu einem Block verbundenen Zentrumspartei zwecks Bildung einer Regierung einschließen ablehnt. Die Verantwortung für die aus dem Sturz der demokratischen Regierung hervorgegangene Krise solle auf die Parteien jurid, welche die Regierung stürzten. Sie erachte die Aufrechterhaltung des parlamentarischen Zusammenwirkens im Kampfe gegen die Reaktion für unerlässlich und werde ihr Verhalten gegenüber den Kandidaten für den Posten des Ministerpräsidenten und seinem Kabinet noch obigen Voraussagen einrichten. (W. T. B.)

Mord an einem polnischen Journalisten.

Berlin, 14. Juli. Der Chefredakteur der polnischen Zeitung „Courier Podanski“, Marchlewski, wurde in der Redaktion von einem Mann erschossen, der vor einigen Tagen wegen Verleumdung dieses Blattes zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der Täter ist festgenommen.

Die Gefährdung der Beamtenchaft.

Als in den Stürmen der Revolution der deutsche Staat völlig aus den Augen zu gehen drohte, erwies sich die hochragende, aus Pflichtgefühl und Disziplin errichtete Beamtenkaste als fester Träger des deutschen Staatsgefüges, sie wurde um so mehr zur einigen Stütze der staatlichen Autorität, als Revolutionsgeist und Feindsorderungen die anderen Machtmittel des Staates zerstückelten oder lahmlegten. So gab sie in erster Linie unter den aller-schwierigsten Verhältnissen der demokratischen Republik den Rückhalt, ihren Staat zu errichten; denn sie war in ihrer Gesamtheit unpolitisch, war in jahrhundertelanger Tradition daran gewöhnt, ihre dienstliche Pflicht über alles zu stellen. Sie war vor dem Kriege das Muster für andere Staaten und hat sich trotz aller zerlegenden Einflüsse bis heute in ihrem Kern gesund erhalten. Und nur mit tiefer Besorgnis kann man heute die Mächte am Werk sehen, welche die den Staat tragende Säule unterminieren, die wie die Gewerkschaften Beamtenkassen und -Zustellen ihren proletarischen Kampforganisationen angliedern, und die wie das Gesetz über die Pflichten der Beamten eine republikanisch-demokratische Beamtenkaste an Stelle des bisher von Politik unbefangenen Beamtenkörpers setzen wollen. Hier wie dort das gleiche Endergebnis, die Parteilichkeit in die Reihen der Beamten zu tragen, hier in blindem Republikanismus das feste Gefüge des Beamtenkörpers zu lockern, den Beamten ihre verfassungsmäßigen wohlverordneten Rechte zu schmälern, dort die Beamtenkaste zum allerschwersten Kampfwerkzeug gewerkschaftlicher Machtgier zu machen. Die Kosten muß einmal die Beamtenkaste tragen, die in der Streikpropaganda Mennes und seiner Anhänger Waulwürfe an der Arbeit sieht, um das Berufs-beamtentum zu untergraben, zum andern aber auch der Staat, der drauf und dran ist, seine Hauptstütze zu zer-schlagen.

Die Gefahr, die heute dem Beamtentum durch republikanischen Ueberreifer droht, ist um so größer, als die Beamtenkaste selbst ihr nicht mehr gefolgt gegenübersteht. Der tiefe Riß, der seit dem verhängnisvollen Eisenbahnerstreik, seit der Streikhebe Mennes und Scharfswerts wegen der Stellungnahme zum Beamtenstreik durch die Beamtenkaste geht, und der in der Bundesversammlung des Deutschen Beamtenbundes nur mühsam überbrückt worden war, hat, in dem Strudel der inner- und außenpolitischen Ereignisse leider nur zu wenig beachtet, zur offenen Spaltung geführt. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahn-Beamten und -Anwärter ist während der Leipziger freigewerkschaftlichen Tagung in die offenen Arme der sozialistischen Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften gelaufen und hat unter dem Jubel aus anderen radikalen Beamtenkreisen in dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbunde eine neue Spitzenorganisation geschaffen, die nach ihren Satzungen zwar — wie auch die freien Gewerkschaften — parteipolitisch neutral sein will, in Wirklichkeit aber eine enge Arbeitsgemeinschaft mit dem in der Hauptfrage aus Eisenbahnarbeitern bestehenden sozialistischen Eisenbahnerverband geschlossen hat. Diese neue Organisation hat sich damit zu der längst erloschenen Beamtenkaste der sozialistischen freien Gewerkschaften und zu einem Hauptwerkzeuge der immer mehr auf politisches Gebiet übergreifenden Kampfsiele des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes gemacht. Das unbedingte Streikrecht ist ihr erstes Ziel. Kein Wunder, daß der Allgemeine Gewerkschaftsbund die neuen Kampfgruppen Mennes mit überschäumender Freude begrüßt hat, geben sie ihm doch eine neue Möglichkeit, die Hand an die Gurgel des Staates zu legen, wenn es ihm angeht, erweist, eine Möglichkeit, die bisher noch immer an der treuen Pflichterfüllung der geschlossenen Beamtenkaste gescheitert ist.

Die erste Welle ist geschossen. Nicht nur gegen den geschlossenen Aufbau der Beamtenorganisation, sondern, was noch viel schlimmer ist, gegen das Berufsbeamtentum überhaupt, gegen das die Sozialisten seit langem Sturm laufen. Ein Beamter ist kein Angestellter oder Arbeiter. Er ist untüchtig angeheilt, kann also auch das Arbeitsverhältnis nicht willkürlich brechen. Er ist pensionsberechtigt und hat sehr beachtliche Vorteile, die aber auch in erhöhter Pflächterfüllung ihren Ausgleich finden müssen. Das ist oft betont worden, und mit Recht hat der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, der Lehrer Klugel, sein den Lohnstreik der Beamten ablehnendes Programm in dem Tage abgelesen: „Ein Beamter, der streikt, hört auf Beamter zu sein“. Das ist die klare Erkenntnis der Sonderstellung des Berufs-beamtentums, dessen Schutz heute wie immer die Aufgabe jedes Beamten und jedes staatsberechtigten Bürgers sein muß. Der Bundesrat der Beamten hat sich im April mit nahezu Zweidrittelmehrheit hinter seinen Vorsitzenden gestellt und damit die Erkenntnis zum Ausdruck gebracht, daß die Beamtenkaste mit den klassenmäßigen Arbeitergewerkschaften nichts gemein haben darf. Und die sehr starke Mehrheit, die diese Stellungnahme des politisch neutralen Beamtenbundes trotz der verschiedenartigen Parteilichkeit der einzelnen Mitglieder gefunden hat, zeigt, daß die Beamtenkaste die Gefahr richtig erkannt hat, die ihrer Stellung und dem Staate, mit dem sie auf Wechsell und Verberb verbunden ist, durch die radikale Winderheit droht. Es handelt sich um eine Winderheit, wenn auch die

radikale Organisation eine Mitgliederzahl von 400 000 in die Welt hinaus. Die wirkliche Zahl ihrer Anhänger kann heute noch niemand angeben, da die einzelnen Organisationen und besonders die Einzelmitglieder noch kaum Gelegenheiten hatten, ihr gegenseitiges Verhältnis zu nehmen.

Aus dieser Entwicklung der Beamtenschaft erwächst der Regierung die Pflicht, die die Staatsautorität erhaltenen Kräfte im Beamtentum mit allen Mitteln zu unterstützen. Reinesfalls aber kann man das Beamtentum dadurch stärken, wenn man ihm gewisse Rechte, die die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten ergänzen, wenn man selbst Hand anlegt, um die Beamtenschaft zu politisieren und durch das „Schutzgesetz gegen reaktionäre Beamte“, wie es der „Vorwärts“ bezeichnet, die Bestimmung des einzelnen Beamten unter Zwang stellt. Das treibt unnötig neue Kräfte in den Beamtentum. Das ein Beamter verpflichtet ist, sein Amt der Reichsverfassung entsprechend zu führen, ergab sich schon aus dem bisherigen Gesetz. Ueber die verschärften Strafen des neuen Gesetzes könnte man darüben hinwegsehen; denn Disziplin und Unterordnung gegenüber der Staatsleitung gehören zu den ersten Pflichten des Beamten, selbst wenn man mit den leitenden Persönlichkeiten nicht übereinstimmt. Aber das Beamte, die in leitender, beratender oder ausführender Stellung mit dem Schutz der republikanischen Staatsform besonders betraut sind, nicht nur im Dienst, sondern auch außerhalb ihres Amtes sich jeder tätigen Anteilnahme an Bestrebungen zur Aenderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform enthalten sollen, auch wenn diese Bestrebungen sich im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist eine Bestimmung, die von der Art, die notwendig zur Bestimmung der Bestimmung und zur Politisierung zunächst der Beamten bezeichnet, darüber hinaus aber auch der untersten Beamten führen muß. Nimmt man hinzu, daß kein Beamter bei seinen Untergebenen missachtende Äußerungen gegen die Republik dulden darf, so ist es klar, daß hiermit der Bestimmung der Bestimmung und der Denunziation Tor und Tür geöffnet ist. Niemand ist bisher in einem reaktionären Staat ein solcher Zwang Gesetz gewesen.

Selbst wenn man sich aber in der Beamtenschaft noch damit abfinden wollte, daß einem Teil der Beamten die Ausübung verfassungsmäßiger und gesetzlich erlaubter staatsbürgerlicher Rechte verweigert und die Meinungsäußerung beschränkt wird, so wird man sich der Gefahr nicht verschließen dürfen, die in der Dehnbarkeit der Bestimmungen und in der Willkür der Exekutive liegt. Sozialistische Auslegungstendenzen werden sich mit Rechtigkeit über juristische Bedenken hinwegsetzen und getreu nach der Parole: „Gegen reaktionäre Beamte“ jeden anderen Gesonnenen abzuholstern wissen. Glaubt doch, wie die „Tägl. Rundschau“ mitteilt, der sozialistische Oberpräsident Göring in Magdeburg schon jetzt, vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, namens seines Provinzial-Schulkollegiums einen Erlaß an sämtliche Dienststellen herauszugeben zu dürfen, in dem es heißt: „Leiter und Beamtene Personen dürfen Vereinen, die die Reichs- und Staatsregierung sowie die republikanische Staatsform als solche in Wort und Schrift beschimpfen und verächtlich machen, nicht angehören. Sie haben Versammlungen und Rundgebungen, die eine sozialistische Tendenz haben, oder bei denen eine solche zu befürchten ist, fernzubleiben... Mit der Ehre eines Beamten ist es nicht vereinbar, Reden und Zeitungsartikeln zu halten, die im Sinne der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten die jetzige Staatsform verächtlich machen und die Regierung beschimpfen oder verleumdern.“ Der Erlaß setzt zur Genüge, wobei die Rede geht, und die Dehnbarkeit des Begriffes „sozialistische Tendenz“ wie der Ansicht über die Zeitungen, die die Staatsform verächtlich machen — die es nebenbei gar nicht gibt, weil sie sonst verboten wären — setzt, wie ungeheuerlich der Zwang ist, der hier auf die Beamten ausgeübt werden soll.

Mit Recht hat angeführt dieser neuen einschneidenden Pläne der Deutsche Beamtenbund energisch dagegen protestiert, daß das Gesetz ohne Befragung der Beamtenschaft zustande kommen sollte, und hat, als man ihn schließlich zur Beratung heranzog, das Gesetz abgelehnt, obwohl ihm wohl niemand reaktionäre Tendenzen nachsagen kann. In dieser Beratung aber zeigte sich sofort die ganze Schädlichkeit der ungeliebten Spaltung, da der Allgemeine Beamtenebund und Mennelcher Richtung dem Gesetz zugestimmt und eine einmütige Ablehnung des Gesetzes zugestimmt und die Beamtenschaft sabotiert hat. Gewaltig sind die Gefahren, die heute die Beamtenschaft bedrohen, einmal durch die Streikanhänger, die das Berufsbeamtentum zerstören und den Beamten zum Klassenkampfsgewerkschaftlichen Arbeiterkampf herabdrücken wollen, zum andern durch eine infolge überhöhter Parteileidenschaft und überspannter Machtforderungen der Gewerkschaften geforderte Befragung, die die Haupt-, wenn nicht die einzige Stütze des Staates in zwei Lager spaltet. Staat und Berufsbeamtentum sind in gleichem Maße die Leidtragenden, wenn es nicht gelingt, den spaltenden Tendenzen Einhalt zu gebieten.

Der Entwurf über die Freigabe deutschen Eigentums in Amerika.

Berlin, 14. Juli. Der Gesetzentwurf, der eine teilweise Freigabe des in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Eigentums vorseht, ist jetzt dem Washingtoner Kabinett zugegangen. Ueber seinen Inhalt teilt der Bund der Auslandsdeutschen mit: Der Entwurf bestimmt u. a., daß eine Person, die an Wertem interessiert ist, die in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt sind, unter Eid in solcher Form und innerhalb der Zeit, die vorgeschrieben wird, einen Freigabeantrag bei dem Verwalter fremden Eigentums einreichen kann. Auf einen solchen Antrag hin ist der Verwalter berechtigt, dem deutschen Besitzer den Betrag aus seinem beschlagnahmten Eigentum auszuschütten, der den Wert von 10 000 Dollar nicht übersteigt. Wenn der Verwalter fremden Eigentums innerhalb einer Zeit von 80 Tagen nach Stellung des Antrages die Freigabe nicht verfügt, so kann der Eigentümer innerhalb der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten hierfür vorgeschriebenen Frist ein gerichtliches Verfahren einleiten, um seine Rechte festzustellen, in welchem Falle das Gericht die Auszahlung der Gelder verfügen soll, die den Betrag von 10 000 Dollar nicht übersteigen. Dem außergerichtlichen Freigabeantrag soll in keinem Falle stattgegeben werden, wenn nicht klar ersichtlich ist, daß das Honorar, das die interessierten Vertretungen, Anwälte oder Agenten für die Vertreter der Eigentümer von den amerikanischen Behörden beziehen, 10 Prozent nicht übersteigt. Nach Nachrichten, die dem Bund der Auslandsdeutschen von amerikanischer Seite zugegangen sind, besteht starke Aussicht dafür, daß dieser Gesetzentwurf noch während der gegenwärtigen Kongress-Sitzung zum Gesetz erhoben wird.

Amerikanische Studenten beim Reichskanzler.

Berlin, 14. Juli. Der Reichskanzler empfing heute in der Reichskanzlei 50 amerikanische Studenten und richtete an sie eine Ansprache.

Die Studenten befinden sich im Zusammenhang mit der so überaus dankenswerten in Amerika arbeitenden europäischen Studentenhilfe auf einer Rundreise durch Europa. In der Ansprache behandelte der Reichskanzler auch das Reparationsproblem und führte aus, daß erfreulicherweise sowohl in England als auch in Amerika die Erkenntnis immer mehr wachse, daß das Reparationsproblem ein europäisches und ein Weltproblem sei und daß die Erkenntnis leicht auch schon an die Worten Frankreichs klappe. Die wirtschaftlichen Fragen stehen nicht durch die Automatenbildung und mit dem Sabel lösen. Zum Schluß gab der Reichskanzler den jungen Amerikanern auf besondere Wunsch einige Geleitsworte mit und sagte: Auch ein bestes Volk hat Anspruch auf Gerechtigkeit. Man kann von einem Volk nicht mehr verlangen, als in seinen Kräften liegt. Amerika erlebte die Sklavensklaverei. Wenn man von einem Volke in Europa mehr verlangt, als es leisten kann, so ist das der Beginn einer neuen Sklaverei.

Annahme der Bucherverordnung im Reichstag.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 14. Juli. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Gesetzentwurf über den

Ausfluß eines Teiles des Kieler Hafens aus dem Zollgebiet.

Kiel will seinen Hafen zum Großhandelshafen für den Ost- und Nordseehandel ausbauen und hofft, Ausgangs- und Endpunkt der Ostschiffahrt zu werden. Die Stadt bedarf daher an ihrem Hafen eines Zollausflußgebietes, in dem Umschlag und Stapelung ausländischer Güter ohne zollamtliche Abfertigung und unbehindert von Ein- und Ausfuhrverboten vor sich gehen können.

Abg. Oberforstern (D. R.) empfahl den Antrag im wirtschaftlichen Interesse der Stadt Kiel. Früher war Kiel mit der Reichsmarine eng verbunden. Die Entwicklung des Danneberg-Hafens wurde dadurch zurückgehalten. Nach dem Kriege mußte eine wirtschaftliche Umstellung der Stadt Kiel erfolgen. Wenn der Wunsch der Stadt erfüllt wird, so wird auch die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands gefördert werden. Auch die Redner der übrigen Parteien traten für die Vorlage ein. — Reichswirtschaftsminister Schmidt wies darauf hin, daß die Reichsregierung demüht gewesen sei, die Angelegenheit zu fördern. Die Vorlage wurde darauf in allen drei Lesungen einstimmig angenommen. Der Gesetzentwurf über den 11. August als Feiertag, über die Not der Presse und über ein Disziplinarrrecht für die Wehrmacht gingen an die Ausschüsse.

Auf der Tagesordnung stand dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die öffentliche Bekannmachung von Verurteilungen

wegen Preistreiberel, Scheichhandel und verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände.

Nach § 1 wird beim vorsätzlichen Zuwiderhandeln gegen diese Strafvorschriften, wenn auf Freiheitsstrafen von mindestens drei Monaten oder auf Geldstrafen von mindestens 50 000 M. erkannt ist, neben der Strafe stets öffentliche Bekannmachung der Verurteilung durch eine Tageszeitung, sowie der öffentliche Anschlag auf Kosten des Schuldigen angeordnet. Der Anschlag erfolgt auch im Geschäftsraum des Täters.

Ein Kompromißantrag Marx (Sentr.), Beder, Hesse, und Peterßen (Dem.) wollte in der Ausschlußentscheidung, die eine klare Kennzeichnung der Tatbestandsmerkmale des Preistreiberel fordert, die Feststellung treffen, daß der Preis seinen übermäßigen Gewinn und keine unzulässige Preissteigerung darstellt, wenn er der Marktlage entspricht und wenn Höchstpreise oder amtlich festgesetzte Marktpreise eingehalten werden. — Reichsjustizminister Dr. Radbruch hat diesen Antrag abgelehnt. Das Reichsgericht erkenne in seiner Rechtsprechung an, daß in erster Linie die normale Marktlage in Betracht zu ziehen sei. Jede Scheinbare Voderung der Bucherbestimmungen gerade in der heutigen Zeit der ungeheuren Preissteigerungen sei gefährlich. — Abg. Hammer (D. R.) fordert eine Nachprüfung der Warenpreise entsprechend der fortwährenden Geldentwertung. Der übermäßige Gewinn müsse vom übermäßigen Preis unterschieden werden.

Auf die Ausführungen weiterer Redner erklärte Reichswirtschaftsminister Schmidt u. a.: Die Regierung sei nicht geneigt, von sich aus am allerwenigsten die Verordnung über die Preisbildung, über die Buchergebung, insbesondere, so zu ändern, daß dem Bucher die Wege geebnet würden. Mit aller Schärfe müsse die Buchergebung da eingreifen, wo sie in dem Produktionsprozeß in Frage zu kommen beginnt. Unter den heutigen Verhältnissen sei der Übergang zum freien Wettbewerb abzulehnen. — Der Gesetzentwurf wurde darauf in zweiter Lesung angenommen. Ueber die Entschlüsse und

den Kompromißantrag soll bei der dritten Lesung abgestimmt werden.

Das Haus vertagte sich auf Sonnabend 3 Uhr: Reichsstriminalgesetz, Beamtenpflichtgesetz.

Das Reichslagsprogramm.

Berlin, 14. Juli. Der Reichstag schließt voraussichtlich am Dienstag seine Arbeiten vor den Sommerferien ab. Der Sonntag wird wahrscheinlich wiederum für die Ausschüssearbeiten in Anspruch genommen werden. Nachdem das Gesetz über die Reichsstriminalpolizei gestern im Reichsrat angenommen worden ist, wird es morgen im Plenum zur ersten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt werden können. (W. T. B.)

Die Deutsche Liga für Völkerverbund an den Deutschen Reichstag.

Die Deutsche Liga für Völkerverbund Ortsgruppe Dresden (H. Bed., Vorsitzender), sowie die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Dresden (H. Bed., geschäftsführender Vorsitzender), haben an den Deutschen Reichstag das folgende Ersuchen gerichtet:

Maßnahmen zu treffen, daß das Deutsche Reich in den Völkerverbund aufgenommen wird.

Zur Begründung führen sie aus:

Die Unterzeichneten verhehlen sich nicht, daß der Völkerverbund noch mannigfache Mängel hat, und daß eine Anzahl Gründe gegen die Beteiligung der Deutschen Republik am Völkerverbund aufgeführt werden können; sie sind aber der Ueberzeugung, daß die Gründe, welche für den Beitritt Deutschlands zum Völkerverbund sprechen, weitaus schwerer wiegen, als die gegenteiligen.

Wenn Deutschland seine Aufnahme in den Völkerverbund beantragt, so bekundet es damit öffentlich und jede Mißdeutung ausschließend seine Völkerverbundsgestinnung. Der Beitritt zum Völkerverbund bedeutet, daß Deutschland seine Ziele, insbesondere die notwendige Aenderung des Friedensvertrages, nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern auf dem Wege des Rechts erhofft, und daß es bereit ist, Entscheidungen von Schiedsgerichten freiwillig anzuerkennen. Diese Tatsache wird auf die Politik der anderen Völker, insbesondere der von Frankreich, von ausschlaggebender Bedeutung sein und das Vertrauen zu Deutschland und damit auch zu seiner wirtschaftlichen und finanziellen Zukunft beben.

Die deutschnationalen Beamten zum Schutzgesetz.

Berlin, 14. Juli. Zu dem neuen republikanischen Schutzgesetz heißt es in dem Rundschreiben der deutschnationalen Beamtenschaft: Die auch dieses Gesetz ausfallen möge, so wird es doch für die auf deutschnationalem Boden stehenden Beamten um so weniger die Gefahr eines Konfliktes hervorrufen, als diese Beamten von jeder, getreu den von der deutschnationalen Volkspartei und insbesondere auch den von der deutschnationalen Beamtenschaft aufgestellten Grundsätzen, sich in ihrem ganzen Verhalten als treue Wähler von Recht und Gerechtigkeit erweisen haben. Die deutschnationalen Beamten haben schon Schwerkere durchgemacht und werden sich auch weiterhin weder durch Drohungen, noch durch mehr oder weniger versteckte Machenschaften von Angehörigen anderer Parteien von ihrer Partei und ihrem Berufsverein losreißen lassen. Andererseits wird auch die Partei sowohl wie der Berufsverein nach wie vor für die gesetzlichen Rechte ihrer Mitglieder in der bisherigen Weise eintreten. Das wegen der hohen Zugehörigkeit zu beiden Organisationen niemals auf Grund der genannten Gesetze gegen einen Beamten eingeschritten werden kann, hat bei den Ausschlußberatungen auch der Vertreter der Regierung ausdrücklich anerkannt.

Die Liquidation der Haager Konferenz.

Haag, 14. Juli. Die Liquidation der Konferenz ist in vollem Gange. Der Präsident der Privateigentums-Kommission hat die Aushandlung eines Gutachtens angetragt, das am Donnerstag fertiggestellt werden sollte. Auch die beiden anderen Kommissionen stellen offiziell die Zwecklosigkeit weiterer Verhandlungen fest. Man nimmt an, daß am Dienstag oder Mittwoch die Konferenz beendet sein werde.

Haag, 14. Juli. Heute morgen fand noch eine Sitzung der Unterkommission für die Kreditie mit den Russen statt. Der Vorsitzende Kozjanski wies darauf hin, daß es unmöglich sei, die Besprechungen über die Kreditfrage nach den Vorgängen in der Unterkommission für die privaten Eigentümer fortzusetzen. Der britische Abgeordnete Young sagte darauf, die unversöhnliche Haltung Russlands habe eine weitere Besprechung der Kreditfrage unmöglich gemacht. Er wies auf, daß die nicht-russische Unterkommission an dem Willigen der Konferenz schuld sei. Young erklärte demgegenüber, daß auch die nicht-russische Unterkommission nicht unverzüglich sei und die Türe noch nicht geschlossen habe. Wenn die Russen neue Tatsachen und neue Vorschläge mitzuteilen hätten, so wäre jetzt Zeit dazu. Litwinoff antwortete, daß die Russen keine neuen Vorschläge zu machen hätten. Nachdem die Aussprache noch eine Zeitlang fortgesetzt worden war, wurde sie geschlossen. (W. T. B.)

Haag, 14. Juli. Die zweite Unterkommission für die Schulden nahm heute unter dem Vorsitz von Alphonse einmütig einen von Alphonse unterzeichneten Antrag an, dem englischen Vertreter in der russischen Delegation mitzuteilen, daß man es nicht für nützlich halte, bei der heutigen Lage der Haager Konferenz, die Besprechungen mit der russischen Delegation fortzusetzen. Nach einer Aussprache, an der die verschiedenen Vertreter teilnahmen, war die Unterkommission der Meinung, daß der Antrag der russischen Delegation in bezug auf eine Vereinbarung über die Forderungen an Russland weder ernsthaft gemeint, noch praktisch durchführbar sei, weshalb dieser Antrag augenblicklich nicht besprochen werden könne, insofern es sich um die Schulden handele. Alphonse wurde beauftragt, diesen Antrag zur Kenntnis von Lord Greame, dem Vorsitzenden der Unterkommission für das Privateigentum, zu bringen. (W. T. B.)

Polnische Eroberungsabsichten auf Deutsch-Oberschlesien.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. Juli. Nach hier aus Oberschlesien eingetroffenen Briefen hat sich die Annahme, daß nach dem Eintreffen der polnischen Polizei die Zustände in Ost-Oberschlesien sich bessern würden, sehr schnell als irrig erwiesen. Raub, Plünderungen und Diebstahl dauern unvermindert fort. In Kattowitz stehen polnische Polizisten lächelnd dabei, wenn deutsche Passanten von Mitgliedern der berechtigten Boyawka-Polizisten verprügelt werden. Besonders schlimm wütet neuerdings wieder der polnische Terror. In Bobulshütte empfingen 85 deutschgestammte Familien von der polnischen Raumungskommission den Befehl, innerhalb von 8 Tagen den Ort zu verlassen. In mehrere Wohnungen deutschgestammter wurden Handgranaten geworfen und damit große Verdrüßungen angerichtet. Das die Polen den Plan einer gewaltsamen Eroberung Deutsch-Oberschlesiens nicht aufzugeben gedenken, geht aus einer Begründungsansprache hervor, die in den nächsten Tagen in der polnischen Presse veröffentlicht werden wird. In diesen Äußerungen (gemeint ist die Bobulshütte) können die Augen und Schmerzer geoffen werden, um die Brüder zu befreien, die noch nicht zu uns gehören.“ Kozjanski, dessen Stimme in diesen Tagen nach Eroberung Deutsch-Oberschlesiens Abzügen selbstverständlich auch nicht fehlt, schrieb für die Arbeiter

„Rozpowszpolita“ einen Artikel, der einen einzigen Maßstab zur „Befreiung der unerlösten Gebiete“ darstellt.

Eine neue Verhaftung in Wittenberge.

Berlin, 14. Juli. Wie dem „B. T.“ berichtet wird, verhaftete in Wittenberge die Polizei einen Mann, der sich sehr verdächtig benommen hatte. Die Untersuchung ergab, daß der Verhaftete der Organisation Consul angehörte und der früheren Arbeitergemeinschaft Rottbach. Er führte Handbuch und eine große Menge Schwarzpulver bei sich. Von Wittenberge wurde ein Kommando von Kriminalbeamten nach Wittenberge entsandt, um im Zusammenhang mit dieser Verhaftung eine genaue Untersuchung einzuleiten. Die bisherigen Ermittlungen sollen ergeben haben, daß der Verhaftete mit dem Attentat auf Rathenau direkt nichts zu tun habe, daß aber wahrscheinlich ein neues Attentat geplant war, vielleicht in der Absicht, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von der Nordangelegenheit Rathenau abzulenken. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Wie die Berliner politische Polizei mitteilt, ist die Verfolgung der Ministermörder Fischer und Kern bis jetzt erfolglos geblieben. Alle Spuren, über die bisher berichtet wurde, haben sich bei den Nachforschungen als irrig erwiesen. Alle angehaltenen Personen konnten sich über ihre Persönlichkeit einwandfrei ausweisen.

Sven Sedin gegen die Gewaltpolitik am Rhein.

Berlin, 14. Juli. Der weltbekannte schwedische Forschungsforscher Sven Sedin, einer der wenigen internationalen Größen, die aus ihrer Freundschaft für Deutschland während des Krieges und nach dem Kriege kein Wohl gemacht haben, hat an den Rheinlandbund folgende Schreiben gerichtet: Ich möchte noch und durchdringend über das Unrecht sprechen, das gegen das Rheinland verübt wird. Diese wahnwitzige selbstmörderische Politik, ein Volk mit Gewalt zu zerkleinern! Es gelingt freilich, solange die Uebermacht so groß ist. Aber dafür wächst Haß und Gerechtigkeit für die Zukunft. Jedes Unrecht, das gegen ein Volk begangen wird, fällt früher oder später auf den übermächtigen Sieger zurück. Solange das Rheinland und andere Teile des Deutschen Reiches in dieser Weise zerkleinert werden, kann Deutschland nicht genesen. Einigkeit, Zusammenhalten in Deutschland ist die Hauptsache. Solange aber Parteikämpfe toben, hat Deutschland keine Zukunft.

Montenegros Ende.

Paris, 14. Juli. Die Völkerverbundkonferenz flüchtete gestern bei der Festsetzung der endgültigen Grenze zwischen Serbien und Albanien fest, daß Montenegro seit dem Jahre 1919 tatsächlich ein Teil Südserbiens sei. Damals lehnte die Friedenskonferenz eine Volksabstimmung in dem Lande ab. Mit dem geringen Beschluß der Völkerverbundkonferenz verschwindet Montenegro offiziell von der europäischen Karte. (W. T. B.)

Demission des juglawischen Kabinetts.

(Eigener Drahtbericht der Dresden. Nachrichten.)

Belgrad, 14. Juli. Infolge eines Zwistes zwischen den Radikalen und den Demokraten, die sich über die neue Besetzung des Ministeriums des Äußereren nicht einigen konnten, hat Ministerpräsident Paskich die Demission des Kabinetts überreicht. Man erwartet jedoch, daß der König ihn wieder mit der Regierungsbildung beauftragt wird.

Beginn des amerikanischen Eisenbahnerstreiks.

London, 14. Juli. Neuer meldet aus Chicago, für den 17. Juli sei eine Streikforderung ergangen, durch die 26 000 Eisenbahnarbeiter betroffen würden.

Vertikales und Sächsisches.

Erhöhung des Brotpreises.

Nach der Meldung einer hiesigen Zeitung hat der Gemeindevorstand Dresden und Umgebung gestern beschlossen, ab 18. Juli den Preis für das 1000-Gramm-Brot von 15,20 M. auf 16,50 M. zu erhöhen. Eine Befestigung dieser Maßregel durch die zuständigen Stellen war noch nicht zu erlangen. In einer vorhergehenden vorbereitenden Sitzung mit Interessenten aus den beteiligten Kreisen ist dieser Plan genannt worden.

Das Verbot der Lichtbilderreklame auf öffentlichen Straßen und Plätzen bleibt bestehen.

Das Polizeipräsidium, Abteilung E, macht unter dem 11. Juli bekannt:

Nachdem die Bekanntmachung des stellvertretenden Reichsanwalters vom 11. Dezember 1916, betreffend die Erparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln, mit Ablauf des 26. Juni 1922 außer Kraft gesetzt worden ist, wird die Bekanntmachung des Polizeipräsidiums vom 22. August 1921, Lichtbilderreklame betreffend, hiermit aufgehoben und es tritt nunmehr die nachstehende Bestimmung wieder in Kraft:

Das Einhalten der Lichtbilderreklame auf Fahrbahnen der hiesigen Stadt wird aus verkehrspolizeilichen Gründen verboten. Zuwiderhandlungen werden auf Grund von Paragraphen 165, 166 der Verkehrsordnung für die Stadt Dresden vom 12. September 1911 mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Fremdenhofbesitzer und Gastwirte gegen die Ausschreitungen.

Der Verein der Hotelbesitzer und die Vereinigung der Hotel-, Gast- und Schankwirtsvereine, sowie der Kaffeehausbesitzer von Dresden und Umgebung haben in ihrer Versammlung am 6. Juli folgende Entscheidung gefasst:

Die genannten Vereine sehen sich veranlaßt, die Staatsregierung, den Landtag, die städtischen Behörden, wie die gesamte Öffentlichkeit auf die Schäden und Folgen hinzuweisen, die der Dresdener Hotel-Industrie und dem Fremdenverkehr durch Demonstrationen und Umzüge zugefügt werden. Die Tatsache, daß nicht nur einzelne Inhaber von Hotels, Restaurationen und Kaffees, sondern auch die Fremden von Personen bedroht werden dürfen, sollte allen verantwortlichen Stellen Mahnung genug sein, daß die Sicherheitsverhältnisse in Dresden unhaltbar geworden sind. Die Vereine erheben deshalb ernsten und nachhaltigen Protest dagegen, daß die sich mehrenden Einriffe in Hotels, wie es scheint, ungehindert bleiben. Damit ist jeder Respekt vor der öffentlichen Ordnung beseitigt und die Achtung fremden Eigentums gefährdet worden. Das Ansehen Dresdens fordert gebieterisch das Verbot solcher Zustände. Die Vereine erwarten deshalb in erster Linie die Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, damit in Zukunft solche auch die Allgemeinheit schwer schädigenden Unruhen verhindert werden. Die Vereine sind endlich fest entschlossen, für alle den einzelnen Mitgliedern zugefügten Schäden gemeinsam einzustehen und gegebenenfalls die Regierung für die entstandenen Verluste haftbar zu machen, sofern trotz dieses öffentlichen Hinweises der unerläßliche Schutz ausbleiben sollte.

— Vom Bahnbau in Vorstadt Plauen. In der Bienerstraße ist man jetzt eifrig mit der Herstellung der Überführung beschäftigt, die zur Aufnahme der eisernen Trägerskonstruktion dienen. Diese Arbeiten werden deshalb so gefördert, weil die Bienerstraße als erste Bahnunterführung in Betrieb genommen werden soll. Der Überbau der Bienerstraße wird voraussichtlich monatlich geperrt werden müssen, weil der Straßenkörper an jener Stelle reichlich zwei Meter tiefer gelegt werden muß. Auch an der Straße Altpflaun kommt eine langfristige Sperrdauer in Betracht; handelt es sich doch hier um eine Tiefenerlebung der Straße, sowie um die Verlegung der Straßenkante und um die Aufstellung von Brückenträgern. Nur an der Bienerstraße ist die Arbeit einfacher, da sich hier nur eine geringe Ausschachtung des Straßenkörpers notwendig macht.

— Technik und Industrie in der Volkshochschule. Auf Anregung von Studentin Dr. Kaplan, des Leiters der Volkshochschule Dresden, ist, unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Wünschen aus Hörschreien, eine besondere Abteilung der Volkshochschule errichtet worden unter der Bezeichnung „Technik und Industrie“. Zum Vorstand der neuen Abteilung wurde bestellt Dipl.-Ing. Uhlmann von der Technischen Hochschule. An der Abteilung unterrichten die Dozenten der Volkshochschule: 1. Professor Dr. Daunenbergr (Physik und angewandte Physik); 2. Gewerbestudienrat Henke (Chemie und chemische Technologie); 3. Studienrat Gebauer und 4. Raden (Mathematische Grundlagen der Technik).

Ludwig Fulda.

Zu seinem 60. Geburtstag, 15. Juli.

Am 15. Juli wird Ludwig Fulda, einer unserer liebenswürdigsten Dichter und erfolgreichsten Bühnenschriftsteller, 60 Jahre alt. Aus diesem Anlaß widmet ihm Alfred Laar ein soeben bei Cotta in Stuttgart erschienenen inhaltreiches Buch, in dem er den Lebensgang Fuldas erzählt und sein Lebenswerk in feinsinniger Analyse umschreibt. Wir erfahren hier auch Näheres über seine frühesten dichterische Entwürfe. Der Vater, ein angesehener Frankfurter Kaufmann, hatte den Anaben für das Geschäft bestimmt, aber der kleine Ludwig hatte andere Träume. „Von früher Kindheit an“, erzählt Laar, „hatte sich die Vorliebe, auf rein geistigen Gebieten zu wirken, in ihm festgesetzt, und im Gegensatz zu den meisten Kindern, die die Frage nach der Berufswahl mit schwanfenden Antworten zu beantworten pflegen, erklärte er unentwegt, er wolle Dichter werden. Schon um das 10. Lebensjahr herum versuchte er sich in poetischer Produktion, bezeichnenderweise in kurzen epigrammatischen Gedichten, die eine raunende Schärfe in der gedanklichen Zuspitzung und einen feinst entwickelten Sinn für anmutige Formen aufweisen. Auch schwebte die dramatische Phantasie des Anaben in improvisierten Stücken, die er als sein eigener Spielleiter in seinem Puppentheater aufführte und für die er nicht vergeblich die Aufmerksamkeit seiner jüngeren Geschwister in Anspruch nahm.“

Fulda hat selbst in seiner Skizze „Aus den Flegeljahren“ ein launiges Bild seiner Gymnasialzeit entworfen, in dem sich seine Dichtertätigkeit und sein spöttliches Temperament in Karikaturen und Versen auf die verzögerten Lehrer austoben, die Zeugnisse aber nicht gerade hervorragend waren. Als er einmal wieder dem Professor des Griechischen einen schlimmen Streich gespielt hatte und mit Arrest bestraft wurde, erkundigte sich der besorgte Vater nach der Ursache der Einsperrung und erhielt den offiziellen Bericht: „Ihr Sohn ist begabt, aber moralisch verkommen“. Der Siebzehnjährige konnte sich jedoch bereits dem Studium zuwenden, und Fulda studierte nun deutsche Literatur, zunächst in Heidelberg, dann in Berlin und Leipzig. Schon als Student gab er, von Karl Marx empfohlen, für Karl Marx' „Deutsche Nationalliteratur“ die „Gegner der zweiten schlesischen Schule“ vortrefflich heraus und vermerkte hier Forschungen, die er für seine Doktorarbeit über Christian Weise gemacht hatte. Am besten gelang ihm die Charakteristik des genialen Prüfers Christian Günther, dem auch sein erstes größeres Drama gewidmet war. Seinen ersten Bühnenerfolg errang er, nachdem er nach München übergesiedelt war, mit dem anmutigen Charakter „Unter vier

Augen“, dem bald andere Lustspiele folgten. Seinen internationalen Ruf begründete er mit dem sozialen Drama „Das verlorene Paradies“, das — abgesehen von den amerikanischen Theatern — über 800 Bühnen ging.

Unter diesen war Fulda nach Berlin übergesiedelt, wo er zu den Mitbegründern des Vereins „Freie Bühne“ gehörte. Bereits in diesen Blüthenjahren des Naturalismus legte er eine weite Maßnahme des Standpunktes, die in seinen programmatischen Worten von 1880 zum Ausdruck kommt. Die „Freie Bühne“, schrieb er damals, „ist keineswegs nur für die sogenannten Naturalisten gedacht, sondern für alle, deren dramatisches Schaffen mit der heutigen theatralischen Konvention in Widerspruch gerät. Zu diesen Dramatikern gehören nicht nur die Lebenden, sondern in einzelnen ihrer Stadien auch Kleist, Hebbel, Grillparzer, Büchsen, ja sogar Shakespeare, mit einem Worte die lebenden Toten. Die „Freie Bühne“ ist keine Verneinung des bestehenden Theaters, sondern eine Ergänzung.“ In diesem Kampfe für das gute Neue und für das große Alte ist sich der Dichter treu geblieben, auch als er für die Schöpfung des Goethe-Bundes als einer Schutzwacht der geistigen Freiheit eintrat. Fulda hat große Bühnenerfolge errungen, so mit seinem berühmtesten Werk, dem „Talisman“, dem Lustspiel „Jugendfreunde“, das über 84 Bühnen, der Revue „Jugendfreunde“, die über 601 Bühnen ging; zuletzt mit der Komödie „Der Dämon“, „Auf drei Gebieten“, sagt Laar, „und dem Dichter, dem das technische Können zum Ausdrucksmittel der inneren Natur geworden ist, Meisterwerke geschaffen. Das eine Gebiet ist das der dramatischen Lebensvollen Parabel, das er wie kein zweiter deutscher Theaterdichter unserer Tage fruchtbar gemacht hat, das zweite das der Gesellschaftsatire, wo der Genius Rollens über der sein abwägendes Berechtigtheit seines Spottes schwebt, aber die neuen Bedingungen der Kultur und ihrer Auswüchse, auch den Humor, in eine neue Farbe tauchen, und das dritte ist die Spätre des Renaissance-Lustspiels, das die goldenen Früchte aus den Lebenswirren herauspflückt, um uns in hold verschlungenen Weibchen über die Schwere des Daseins hinwegzutragen.“

Ein Grenzgebiet zwischen Dichtung und Wissenschaft, in dem Fulda ebenfalls als Meister schaffte, ist das des Uebersetzer. Er hat uns die mittelhochdeutsche Idylle vom „Meier Helmbrecht“ neu gebildet, hat Rollens wichtige Komödien und Beaumarchais' „Figaro“ in der deutschen Sprache und auf deutschen Bühnen heimlich gemacht, hat Goldoni und Moliere überetzt und die merkwürdigen Epigramme des Rostok und hat seine Meisterkraft ebenso an Shakespeares Sonetten erproben wie an der Uebersetzung der Gedichte und des „Peer Gunt“ von Ibsen. So steht er als gleichmächtiger Bewahrer und fruchtbarer Vermehrer des Schatzes der Poesie und Lebensfreude unter uns.

Die Umänderung der Straßennamen in republikanischen Sinne können manche der Radikalfreunde gar nicht erwarten. In Dresden soll nach einem Beschlusse der letzten Stadtverordnetenversammlung vom 6. M. bekanntlich die König-Johannstraße in Mathenastraße umgetauft werden. Der Rat hat aber dazu noch seine Zustimmung zu geben und wird sich hoffentlich ablehnend verhalten. Gerade das Gedächtnis an König Johann zu erhalten hat Dresden, wie ja auch fürstlich Prof. Dr. Neuschel überzeugend dargelegt hat, alle Ursache. Obwohl also noch gar kein endgültiger Beschluß vorliegt, doch wir künftig in der König-Johannstraße eine Mathenastraße zu erblicken haben, hatten doch gewisse Elemente in der Nacht zum Freitag alle Straßenschilder auf dieser Straße mit weißem Papier überklebt, auf dem in großen Lettern das Wort „Mathenastraße“ prangte. Bis gegen Mittag war aber auf Veranlassung der Stadt Dresden der alte Zustand wieder hergestellt.

— Unterbringung und Betätigung von Studenten und Schülern während der Ferien auf dem Lande. Die Vertretung der Studentenschaft und der Schüler ist an den Landesfulturrat herangetreten, wie im Vorjahre die Unterbringung und Betätigung von Studenten und Schülern während der großen Ferien auf dem Lande zu vermitteln. Der Landesfulturrat bittet, von dieser Gelegenheit, willige und zuverlässige Arbeitskräfte während der Ernte zu erhalten, ausgiebigen Gebrauch zu machen. Anfragen sind an die Geschäftsstelle Sidonienstraße 14, 1., zu richten. Der endgültige Vertragsabschluss erfolgt unmittelbar zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

— Der Zweigverein des Deutschen Esperanto-Bundes hielt am 11. d. M. seine sehr gutbesuchte Monatsversammlung im „Liten Stadtverordneten-Saal“ ab. Der Vorsitzende W. Raust berichtete in Esperanto wiederum von großen Erfolgen in aller Welt, u. a., daß die 2. Kammer des japanischen Parlaments den Antrag der japanischen Pädagogen, Esperanto in den Schulen einzuführen, genehmigt habe. Verschiedene ausländische Esperantisten, die in Dresden zum Besuch weilten, begrüßten aufs herzlichste die Dresdener Gefinnungsgenossen. Der Vortrag des Art. A. v. Sanderleben über Finnland, das Land des diesjährigen internationalen Esperantofestivals, wurde mit großem Interesse verfolgt. Der finnische Konsul, Herr R. v. Freundt, hob in einer kurzen Ansprache die große Freundschaft, welche Finnland und Deutschland verbindet, hervor. Der Verein beabsichtigt, im August in der „Jahresschau Deutscher Arbeit“ einen Esperantotag abzuhalten, und wird im Herbst eine großzügige Propaganda in die Wege leiten.

— Der Verein sächsische Volkshilfen für Alkoholkranken wird am kommenden Sonntag in seiner Heilstätte „Seefrieden“ bei Moritzburg gelegentlich des Jahresfestes für die früher in der Heilstätte anfallig gewordenen Kranken zu Ehren des im Felde gefallenen Mitbegründers der vor 15 Jahren errichteten Heilstätte, des Dresdener Reservearzte Dr. med. Arnold Stegmann, eine Gedächtnisfeier abhalten, die von dem akademischen Bildhauer Kurt Lange, Dresden, entworfen wurde. Die nicht unerheblichen Kosten wurden zum Teil schon durch freiwillige Spenden aus dem Freundes- und Bekanntenkreise sehr reichlich gedeckt und werden im Laufe der nächsten Tage durch die auf nachmittags 4 Uhr in der Heilstätte festgesetzten feierlichen Enthüllung der Gedenktafel und Freunde und Verehrer des Verstorbenen herzlich willkommen. Freundschaftsgedachte Spenden für die Gedenktafel wolle man dem Bankkonto bei Webr. Arnold, Dresden, oder dem 1. Vorsitzenden, Verwaltungsinpektor W. Gruner, Dresden-Grüna, Weißstraße 14, zuführen.

— Das Sommerfest der Regler am Mittwoch auf der Waldschlösschen-Terrasse war leider nicht so vom Wetter begünstigt, wie es der Verband der Dresdener Regler sonst gewohnt ist. Immerhin konnte nachmittags noch manches im Freien abgewickelt werden und vor allem hat die kleine Welt ihre Freude an den ihr bereiteten Spielen, am Kaisertheater ufw. gehabt. Abends konnten die Kinder noch stolz am Lampionumzug teilnehmen und darauf das Abnehmen eines prachtvollen Feuerwerks beobachten. Die Erwachsenen hörten ein genussreiches Konzert von Kapellmeister Mayke und beteiligten sich lebhaft an verschiedenen Unterhaltungen (Regelspiele usw.). Als der Abend mit seinem Regenwetter in den Saal zwang, zeigte dieser eine Fülle von Besuchern, die sich nun mit voller Lust den Ballreuden hingaben. Der zweite Vorsitzende des Verbandes und Vorsitzende des Vergnügungsausschusses, Otto Buchholz, war mit seinem Stabe treuer Helfer wieder erfolgreich bemüht gewesen, ein Vergnügen auszurichten, das alle Teilnehmer voll befriedigte. Dies erkannten besonders auch die Kinder an, als er sich mit einer in erzieherischem Sinne gehaltenen Ansprache an sie gewandt hatte.

— Eine Aquarien-Ausstellung wird morgen, Sonntag, im Zoologischen Garten, und zwar in den Räumen

des Zoologischen Gartens eröffnet. Sie wird sicher in den nächsten Tagen das Ziel aller Aquaristenliebhaber und solcher, die es werden wollen, sein. Die Zoologische Gesellschaft zu Dresden hat sich der Mühe unterzogen, in einer umfangreichen Zusammenstellung zu zeigen, was der Reich ihrer Mitglieder in den letzten Jahren geleistet hat. Es sind nicht nur eine Reihe schöner und seltener Arten tropischer Gegenstände in vorzüglichen Exemplaren gepflanzt, sondern auch gezüchtet worden, und außerdem werden von viel gehaltenen Formen reichhaltige Serien zur Ausstellung gebracht, die ein vollständiges Bild von der Entwicklung der Arten bieten.

— Die neue Filmmache. In den Kammern Lichtspiele läuft unter dem Namen „Auf Leben und Tod“ die zweite Episode des amerikanischen Bildwerkes „Der Feuerkreis“. — Das Olympia-Theater bringt den schwebischen Kunstfilm „Im Hasen“, bearbeitet nach dem gleichnamigen Bühnenwerk von Georg Enzel. — In den U. L. Lichtspielen wird die Vorführung des Abenteuerfilms „Der Mann ohne Namen“ mit Radu Christians und Harry Liedtke wiederholt; bis Montag läuft der erste Teil „Der Millionenraub“, vom Dienstag bis Donnerstag der zweite Teil „Der Kaiser der Sahara“. — Das Prinzess-Theater bietet den erfolgreichen amerikanischen Großfilm „Die Bettlerin von Stambul“.

— Wegen Kohlenbetrugs hatten sich die 31 Jahre alte Eisenbahnbeamten-Gattin Marie Martha Starke und deren Mutter, die Arbeiterwitwe Marie Schlegel, geborene Richter, zu verantworten. Sie hatten dem Fuhrwerksbesitzer Raubold in Vorstadt Cotta in der Zeit vom Mai vergangenen Jahres bis April dieses Jahres nach und nach mittels Nachschlüsselbetrugs gegen 80 Hektoliter Brecketts im Werte von mindestens 4000 Mark erwidert und davon fast 60 Hektoliter unter der Hand verkauft. Die Starke ist bereits sechsmal verurteilt, sie will in hoher Notlage gehandelt haben, da ihr Gemann nur ganz ungenügend Wirtschaftsgeld zur Verfügung stellte. Das Schöffengericht verurteilte die Starke zu einem Jahre drei Monaten, ihre Mutter zu sechs Monaten Gefängnis.

— Wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls hatten sich die Fabrikarbeiter oder Klempnermeister Albert Willi Rüh, geboren 1905 zu Coschane, Kurt Bruno Theodor Rüh und Arno Richard Wagner, beide 1902 zu Dresden-Stechen geboren, vor dem Dresdener Schöffengericht zu verantworten. Sie hatten im Bildbad Hofelabinnen und Unterfunfshäuten erbrochen und gestohlen, was geeignet erschien. Ferner wurden vom Schulgrundstück in Stech zwei zweimal hintereinander und vom Schornstein der Biegelzei zu Remmersdorf die Spitzen der Blitzableiter und aus dem Fahrradshuppen der Firma Seidel & Räumann ein Rad gestohlen. Rüh erhielt 8, Rüh 5 und Wagner 3 Monate Gefängnis.

— Gottesdienst für Schwerhörige findet morgen, Sonntag, nachmittags 3 Uhr, im Gemeindefaal, Moritzstraße 4, statt.

— Der zweite Gedenktag der Postkonditorei-Gad in der Aushebung, der am Mittwoch wegen des unglücklichen Verfalls ausfallen mußte, findet heute, Sonnabend (4 und 8 Uhr), statt. Das Tagesprogramm von Reinhold Kreidewitz und seinen Mitwirkenden ist neu.

— Zehnig. Zu dem in unserer Nummer vom 13. Juli 1922 gebrachten Briefe über die am 10. Juli stattgehabene Stadiverordneten-Sitzung teilt uns Herr Dr. W. Rühl mit, daß es sich bei der einstimmigen von der D. V. P. zu den Kommunisten angenommenen Entscheidung nicht um einen Protest gegen die „politische Tendenz des „Grenzblattes“, sondern gegen die persönliche Kampfmethode des verantwortlichen derzeitigen Schriftleiters“ gehandelt habe. Auch der Antrag Fischer (Mehrheitssozialist), demzufolge das Kollegium wiederum einstimmig — den Wunsch auszusprechen, den derzeitigen Schriftleiter des „Grenzblattes“ nicht mehr in Saale zu sehen, habe mit dem Verzicht, die Pressefreiheit einzuführen, nicht das geringste zu tun. Die oben erwähnte Entscheidung, die das Stadtverordneten-Kollegium einstimmig annahm, das 7 Demokraten, 5 Volksparteiern, 2 Mehrheitssozialisten, 8 U. S. P. Vertretern und 2 Kommunisten zählte und dessen durch das Los bestimmter Vorsitzender Demokrat ist, hatte folgenden Wortlaut:

„Dr. Walter Rathenau, den das Vertrauen der deutschen Volkvertretung an eine der verantwortlichen Stellen der Reichsregierung geschenkt hatte, wo er vermöge seiner eigenartigen Begabung und reichen Erfahrung wertvolle Dienste zu leisten, ist schwerer erkrankt und bedarf dringendster ärztlicher Hilfe. In schweren Angelegenheiten bedarf es eines klaren politischen Verstandes, um seinen Willen zu steuern. Die russische Tat hat über all diese einen Sturm der Empörung entfacht, der leider von manchen Seiten zu Gewalttätigkeiten führte, auch gegen Schriftleiter einzelner Provinzialblätter. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß in dem Schriftleiter des „Grenzblattes“ der Respekt vor allen Menschenrechten bewahrt hat, die doch nur eine Verurteilung an dem Gedächtnis des Ermordeten gesellen können. Gleichwohl aber halten wir es für geboten, unsere scharfe Mißbilligung auszusprechen über die Art der Berichterstattung des verantwortlichen Schriftleiters des „Grenzblattes“, die weit über das Maß hinaus, das sachliche Begrenztheit rechtfertigt, von Anfang an und selbst nach der Morbidat dazu ansetzt war, die Verantwortlichkeit Walter Rathenau in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen, seine Vaterlandsliebe zu verächtlich und den Erfolg seines Wirkens als Mitglied der Reichsregierung herabzusetzen.“

Kunst und Wissenschaft.

Die Gesellschaft von Förderern und Freunden der Technischen Hochschule

hielt am Freitag unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Dr. v. Beck in der Aula der Hochschule ihre erste Hauptversammlung ab. In seiner Eröffnungsansprache richtete der Vorsitzende besondere Begrüßungsansprüche an den Vertreter des Kultusministeriums, Ministerialdirektor Dr. Böhm, den Rektor der Technischen Hochschule Professor Dr. Gravelius, den Lehrkörper und die Vertreter der Studentenschaft, den Staatsminister a. D. v. Seiwid, den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts v. Holtz-Drzewiecki, den Vorsitzenden des Verbandes sächsischer Industrieller Fabrikbesitzer Moras, den Oberbürgermeister Blüher und die Vertreter der Presse.

Darauf begrüßte Rektor Professor Dr. Gravelius die Versammlung und sprach seine Freude darüber aus, daß die dankenswerte Tätigkeit der Gesellschaft von offenkundigstem Erfolg begleitet sei. Die Pflege der deutschen Wissenschaft sei durch den Krieg die denkbar mißlichste geworden, wir seien abgesehen von der Wissenschaft der ehemaligen Feindländer. Dabei sei es von großem Wert, Mittel zur Verfügung zu haben, um Kenntnis zu erlangen von dem, was jenseits der Grenzen gearbeitet werde, und um an unserem Teile in der Wissenschaft vorwärts zu arbeiten. Wenn man auch anerkenne, daß die Regierung nach Kräften bemüht sei, die Wissenschaft zu fördern, so würde sie doch zum Absterben kommen müssen, wenn sie allein auf diese Mittel angewiesen sei. Das Eintreten der Gesellschaft sei daher eine nationale Tat im besten Sinne des Wortes. — Der Vorsitzende erstattete dann den Bericht über den Stand und die Tätigkeit der Gesellschaft.

Er betonte, daß es Pflicht aller vaterlandsliebenden Kreise sei, sich nicht in Pessimismus zu verlieren, sondern alles daran zu setzen, um aus diesen entsetzlichen Zeiten wieder herauszukommen. Die Pflege der sittlich-religiösen und kulturellen Güter wie der wirtschaftlichen Kräfte würden die tragbaren Säulen für den Wiederaufbau bleiben. Ihm diene auch die Gesellschaft. Der Organismus unserer Hochschule werde nur dann ernährt werden können, wenn ihm die nötigen Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung gestellt würden. Wenn in solchen Zeiten, wo der Staat verfallen müsse, die kapitalkräftigen Kreise nicht die Ehrenpflicht erfüllten, helfend einzutreten, so müsse es schließlich zu einem Zusammenbruch kommen. Das Ergebnis der Werbestätigkeit sei durchaus erfreulich. Die Mitgliederzahl betrage jetzt 220 mit 5 800 000 Mark einmaligen und 80 000 Mark jährlichen Beiträgen. Die Vereinsorgane

Dresdener Nachrichten Seite 3

Altingenhal. Ende September wird der blasse Pflanzler Rausch Altingenhal verlassen, um eine Pflanzstelle an der Dreikönigskirche in Dresden zu übernehmen. Pflanzler Rausch hat reichlich sechs Jahre mit großem Segen in unserer Kirchgemeinde gewirkt.

Veipzig. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung brachte der kommunistische zweite Vorsitzende den Antrag ein, Straßen, deren Benennung an die Zeit der Monarchie erinnert, umzutauften und ihnen die Namen verdienter Republikaner zu geben. Von der rechten Seite wurde eingewendet, daß die Republik sich lächerlich mache, wenn sie einhundert Jahre deutsche Vergangenheit ausschalte. Obwohl das Stadtverordnetenkollegium eine sozialistische Mehrheit hat, wurde der Antrag mit 33 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Ferner lehnten die Stadtverordneten den kommunistischen Antrag völlig kostenloser kommunaler Toilettenabfuhr ab, nahmen aber den Antrag der Unabhängigen an, den Stadtrat zu erlauben, die Uebernahme des Abfuhrwesens in eigene Hände vorzubereiten.

Ein Todesurteil im Leipziger Mordprozess.

Im Mordprozess Hoffmann wurde am Donnerstag vor dem Leipziger Schwurgericht die Zeugenvernehmung beendet. Frau D. wurde dadurch stark belastet. Auch die Sachverständigen-Gutachten gingen dahin, daß sie den Mörder ermordet hat. Kriminalrat Jakob erläuterte an Hand eines von ihm angefertigten Modells und mehrerer photographischer Aufnahmen des Nordzimmers, den kriminalpolizeilichen Befund. Zahlreiche Hautspuren und Spritzer an Türen und Wänden der Kammer weisen durch ihre Lage und Spritzrichtung darauf hin, daß die Angeklagte den Mord, nachdem sie ihn unter irgendeinem Vorwand in das Nordzimmer gelockt hat, beim Betreten des Raumes hinter sich ließ, und zwar von rechts, mit einem scharfkantigen Werkzeug auf den Kopf geschlagen hat. Der medizinische Sachverständige Prof. Dr. Kodel hat ein völliges Ausbluten des Körpers festgestellt. Conrad wurde der Kopf bei lebendigem Leibe vom Rumpfe abgeschnitten. Die Schläge auf den Kopf haben mit der Todesursache nichts zu tun. Ansehend hat zwischen der Hoffmann und ihrem Opfer ein Kampf stattgefunden. Die Untersuchung der Angeklagten auf ihren Geisteszustand hat ergeben, daß sie für ihre Tat voll verantwortlich ist. Sie ist eine außerordentlich intelligente, gewandte Person, was sich besonders durch ihre Beweglichkeit in der Verteidigung ausdrückt. Sie versteht es, geschickt und schlagfertig jeden Einwurf zu entkräften. Die Angeklagte behauptet, sich zur Zeit der Tat in dem Zustande harter Trunkenheit befunden zu haben. Tagelang spricht über ihre eigene Behauptung, daß sie Conrad, nachdem sie ihn niedergebunden, nach dem Pulse gefühlt habe. Auch ihr tabellarisches Erinnern an alle Einzelheiten läßt sich mit einer starken Einwirkung des Alkohols auf ihren Geist nicht vereinbaren.

Das Urteil.

Nach zweieinhalbjähriger Verurteilung sprachen die Geschworenen die Angeklagte des Mordes schuldig. Das Urteil lautet demnach auf Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Die Angeklagte nimmt das Urteil gefaßt entgegen.

Auf dem Lebensmittelmarkt

hat das kurze Anzeichen der Preise auch in der abgelaufenen Woche mit ganz wenigen Ausnahmen angehalten. Ein Aufgang ist vorläufig leider auch nicht absehbar. Von Reich ist vor allem das Schweinefleisch sehr beträchtlich gestiegen, da jetzt heute bis 95 Mk. gegen 81 Mk. vor acht Tagen steht. Auch Karree und Bauch haben diese Preissteigerung erfahren, während man minder gutes Fleisch für 75 Mk. kaufen kann. Das Schöpferfleisch ist sogar um 20 Mk., von 70 auf 90 Mk. gestiegen. Magerfleisch kostet 66 bis 75 Mk. Nicht ganz so teuer geworden ist das Rind- und das Kalbfleisch (letzteres zwischen 55 und 60, Kalbfleisch zwischen 42 und 60 Mk.). Ganz bedeutend hat sich der Preis für Speck gehoben, indem gerade der ausländische jetzt bis 95 Mk., roher gesalzener bis 90 Mk. höher. Auch das Schweinefleisch ist bereits auf 90 Mk. angelaufen. Die Würstchen sind ebenfalls zum Teil erheblich teurer geworden. — Bildbrötchen sind sich wenig verändert, in einigen Sorten ist es sogar etwas billiger geworden, indem Tammsbrot-Rüden und -Kerle mit 55 Mk. das Pfund zu haben sind, vorausgesetzt, daß man das Mehl hat, es zu bekommen.

Die Preisliste zeigen ersichtlicherweise gegenüber der Vorwoche einen teilweise beträchtlichen Rückgang. So sind heute 14 Mk. Karree mit 12 Mk., Rindfleisch mit 17 Mk., Schweinefleisch mit 15 Mk., Potatosen mit 18 Mk. im Durchschnitt abgehandelt.

Der Markt wird immer reicher beschickt. Es kommen jetzt sehr gute angereichte Rindfleisch auf den Markt, man muß dafür aber immer noch für beste Ware bis 12 Mk. bezahlen; im Strassenhandel kann man ja manchmal ein Pfund für 5 Mk. haben. Nicht teuer geworden sind Johannisbeeren (10 bis 12 Mk. das Pfund). Auch die Heidelbeeren sind um etwa ein Drittel, bis auf 18 Mk.

das Pfund, gestiegen, weniger gute Ware kostet indes nur 13 bis 14 Mk.

Die Kartoffeln bilden jetzt eine Sorge der Hausfrau. Die alte Ware ist oft so schlecht, daß fast die Hälfte weggeworfen und trotzdem für das Pfund bis 3 Mk. bezahlt werden muß. Deshalb ziehen es viele Hausfrauen vor, neue Kartoffeln zu kaufen, die allerdings das Pfund immer noch 8 bis 10 Mk. kosten, dafür aber doch vollwertig sind. Da übrigens jetzt die Kartoffelernte reichlicher auf dem Markt erscheinen (das Pfund 28 Mk.), kann sich doch mancher wieder den Genus eines Kartoffelgerichts mit neuem Muthe leisten.

Bei den Grünwaren ist die Preissteigerung nicht so stark in die Erscheinung getreten. Spinat, soweit er zugeführt war, wurde mit 4,50 bis 5 Mk. das Pfund abgegeben. Die alte Ware war mit 10 Mk. zu haben, ausländische kostete bis 13 Mk. Billig geworden sind arane inländische Bohnen (das Pfund 18 Mk., in der vorigen Woche 24 Mk.). Tomaten sind noch sehr teuer (50 bis 60 Mk. das Pfund). Auch Munkentohl hat im Preise recht angezogen; der Kopf kostet jetzt bis 25 Mk. Einen kleinen Rückgang zeigt ersichtlichweise das Weiß- und das Weißkraut, da ein Stück zwischen 6 bis 8 Mk. (Weißkraut) und 6 bis 10 Mk. (Weißkraut) zu haben ist. In großer Menge sind die Gurken auf den Markt gebracht worden; sie kosten noch 12 bis 14 Mk. das Pfund, allenfalls kann man im Strassenhandel einmal das Pfund für 10 Mk. erlangen. Von Pilzen waren nur kleine Posten Steinpilze herangebracht worden, die man mit 26 bis 28 Mk. bezahlen mußte, das ist gegen die letzte Notierung eine Steigerung um fast 50 Proz.

Von den Wolkerezeugnissen hat die Butter nun glücklicherweise die dreifache Zahl erreicht. Auch die Margarine ist fast auf den Preis gestiegen, man muß jetzt schon 50 bis 75 Mk. für das Pfund bezahlen, während sie noch dem letzten Berichte noch mit 39 bis 50 Mk. zu haben war. Entsprechend teurer geworden sind selbstverständlich auch fast alle Käsearten. — Eier sind bis auf 7 Mk. das Stück gestiegen.

Trockene Gemüse haben im allgemeinen ihre Preislage behalten. Feiner geworden sind Bohnen (11 bis 13 Mk.) und Reis, der 13 bis 16,50 Mk. kostet.

Aus amtlichen Bekanntmachungen.

Kontrollierung der Hochwasserlinien der Elbe in den Gemeindefreien Pragschitz, Oidenau, Hahnen, Dresden, Birkwitz, Ströben, Pilsch, Osterwitz, Niederpörsitz und Wadmitz.

Die Ministerien der Finanzen und des Innern beschließen, die Lage der Hochwasserlinien der Elbe einschließlich der Mägen-Torffelder im Sinne von Stromschnitten 549 (Hitz Gröschel) einschließlich des Stromschnitten 678 (Hitz Dresden-Torffelder) anderweitig bzw. neu festzusetzen. Die seit 1894 angeführten Stromregelungsarbeiten haben zur Folge, daß die Möglichkeit besteht, von der Veränderung der Abhaltung der Mägen-Torffelder im Sinne von Stromschnitten 549 (Hitz Gröschel) ab zu nehmen und die betreffenden Hochwasserlinien zwischen den Stromschnitten 548 und 680 gemäß der in den Verträgen aufgestellten Pläne H und H² in Döckert einzutragen. Die vorbestimmten Pläne liegen drei Monate lang an Amtsstelle der Amtshauptmannschaft Bismarck (Zimmer 10) zur Einsicht für die Beteiligten aus. Die endgültige Festlegung der Ministerien des Innern und der Finanzen bleibt bis nach Durchführung des obigen Verfahrens vorbehalten.

Neue Gendarmerieposten.

Am 15. Juli 1922 wird in dem zum 20. Sicherheitspolizeibezirk gehörigen Stadteil Vaudgath, Schulstraße 2, Gröschel, ein Gendarmerie- und Kriminalposten errichtet, dem eine Einwohnermeldebehörde angegliedert wird. Die Geschäftszeit der letzteren wird auf die Zeit von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 1 Uhr festgesetzt.

Am gleichen Tage wird auch im sogenannten Simultischen Dreieck, Nischenstraße 10, Seitengebäude, der Gendarmerieposten „Jägerort“, der dem 8. Sicherheitspolizeibezirk angegliedert ist, errichtet. Die Geschäftszeit für diesen Posten wird nach wie vor von der 8. Sicherheitspolizeiwache, Postenstraße 35, erledigt.

Handgepäckstücke.

Am zweiten Vierteljahr 1922 sind in den hiesigen Verkehrsstellen, die an der Aufnahmestelle im Neuen Rathaus, Eingang Ringstraße, verzeichneten Gegenstände geordnet und bis jetzt nicht abgeholt worden. Die sich anzeigenden Empfangsbescheinigungen können die Gegenstände bis 30. September 1922 in der Postabnahme (Neues Rathaus) in Empfang nehmen. Nach Ablauf dieser Zeit werden die nicht abgeholtten Gegenstände, mit Ausnahme des Bargeldes, öffentlich versteigert werden.

Vorschläge für den Mittagsstisch.

Sasermehlsuppe; Fischstücken mit Kartoffelbrei; Kaffeealat. **Mittags:** Aus allen guten, frischen Wärschen zu bereiten, auch aus kleinen. Derselben läßt man in Salzwasser gar stehen, abtropfen, zerlegt sie in Stücke und läßt sie aus Butter und Kräutern, damit geschichte Zwiebeln (wobei man sein, hat sie im Fett gar, ruht etwa 30 Gramm Mehl an das Zwiebelstücken, schmeißt es, froßt mit Bräuwürfelbrühe und etwas Zitronensaft eine gebundene Laute, würzt mit Salz und Pfeffer und gibt zuletzt eventuell noch ein bißchen Pfeffer, geröstet gebackenes Ei dazu. Das Nischfleisch wird in der Laute erhitet (nicht rohen), erhitet angedünstet, eventuell noch mit Kapern dekoriert und zugleich mit schaumig geschlagenem Kartoffelbrei zu Tisch gegeben.

Ludwig Schmidt und der Oberbibliothekar Dr. phil. Arthur Richter ihren 60. Geburtstag. Ludwig Schmidt war viele Jahre mit der Führung des neuen Alphabetischen Katalogs betraut. Zurzeit beendet er die Herausgabe des Handschriftenkatalogs. Die Wissenschaft verdanke Schmidt neben wichtigen Vorrichtungen zur Sächsischen Geschichte vor allem grundlegende Arbeiten auf dem Gebiete der Deutschen Stammesgeschichte, unter denen seine mehrbändige Geschichte der deutschen Stämme bis zum Ausgange der Völkerwanderung besonders genannt sein möge. Arthur Richters Haupttätigkeit besteht in der Fortführung des biographischen und des Porträtkatalogs. Sein besonderes Verdienst ist es, mit Hilfe aller Inventarverzeichnisse eine große Anzahl bisher unbekannter kostbarer Einbände von der Meisterhand Jakob Arantes aus den Bücherbeständen der Landesbibliothek herausgefunden zu haben.

Künstlerisches Patat. Die Bonanentafel, und Nährmittel G. m. b. H. Dresden-Riesefeld, erteilt unter den Studierenden der Staatlichen Akademie für Kunstgewerbe Dresden einen Wettbewerb zur Erlangung eines Patates. Preisrichter waren: 1. Preis: Willi Behold; 2. Preis: Kurt Creuß; 3. Preis: Fritz Pange; 4. Preis: Harald Kreuzberg; 4. Preis: Rudolf Danisch.

Die Besucherzahl der Universität Rön hat sich gegen die vergangenen Semester wiederum gesteigert. Die Universität Rön zählt im laufenden Sommer-Semester 4407 eingeschriebene Studierende. Davon gehören zur Juristischen und Sozialwissenschaftlichen Fakultät 2799, zur Rechtswissenschaftlichen Fakultät 625, zur Medizinischen Fakultät 299 und zur Philosophischen Fakultät 695 Studierende. Außerdem haben 530 Gasthörer Vorlesungen belegt und nehmen 1579 Besucher an den allgemeinen Vorlesungen teil. Die Gesamtbesucherzahl der Universität ist demnach 6516. Von den eingeschriebenen 3964 männlichen Studierenden entfallen auf Preußen 2707, darunter 2121 Rheinländer, einschließlich 1197 Rönner, auf das übrige Deutschland 165, auf das Ausland 92; von den 443 Studentinnen auf Preußen 420, darunter 377 Rheinländerinnen, einschließlich 202 Rönnerinnen, auf das übrige Deutschland 15, auf das Ausland 8. Von den insgesamt 100 Ausländern, die mit ministerieller Genehmigung zugelassen sind, stammen 16 aus Norwegen, 11 aus Jugoslawien, je 10 aus Deutsch-Oesterreich und Bulgarien, 7 aus Niederland, je 6 aus Schweden und der Tschecho-Slowakei, je 4 aus Ungarn, Serbien und Rumänien, je 3 aus der Schweiz und der Ukraine, je 2 aus der Türkei, aus Ungarn und Columbia, je 1 aus Island, Finnland, Griechenland, Italien, Spanien, Russland, Serbien, Südafrika, Brasilien; 5 sind Staatenlos.

Bermischtes.

In der Explosionskatastrophe in Groden bei Ruz- haben stellt die staatliche Pressestelle mit: Die Ursache ist noch nicht festzustellen. Es wurden wie täglich im Rindendepot Arbeiten an den Minen ausgeführt. Ob im Handhoh chemische Verfestungen eintraten, wodurch die Katastrophe erklärbar wäre, konnte bisher ebenfalls nicht festgestellt werden. Der Materialschaden in Groden und Ruzbawen ist außerordentlich groß. Viele Häuser sind so hart erschüttert, daß festgestellt werden muß, ob sie überhaupt noch bewohnbar sind. Aufräumungsarbeiten konnten noch nicht vorgenommen werden, da man in die noch immer brennenden Trümmer wegen der Explosionsgefahr nicht vordringen konnte. Wenn auch noch einzelne Minen explodieren sollten, so darf die Gefahr doch als behoben bezeichnet werden. Die Stadt Ruzbawen stellte einen größeren Kredit zur Beschaffung von Material für den Wiederaufbau der vernichteten Wohnstätten zur Verfügung. — Die Sachverständigen der Marineverwaltung in Berlin und der Inspektion des Torpedo- und Marinewesens in Kiel sind in Groden eingetroffen zur Nachprüfung der Ursachen der Explosion in Groden und zur Festlegung der weiteren Aufräumungs- und Bergungsarbeiten. Von den im Staatskrankenhaus untergebrachten Schwerverletzten ist noch eine Person gestorben, so daß im ganzen vier Tote zu beklagen sind.

Schwere Unwetterstürme in Bayern. In Südbayern sind in 16 Bezirken außerordentlich schwere Hagelschäden zu verzeichnen, die Ernte von 50 bis 100 Prozent vernichtet haben. Auch im Allgäu hat schweres Hagelwetter eingelegt und hat teilweise das Getreide, Obst und Gemüse stark beschädigt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark.

Festnahme von Gemälderbauern. Das in der Nacht zum Pfingstmontag aus dem Stuttgarter Museum gestohlene Rembrandtgemälde „Paulus im Gefängnis“ ist wieder beigebracht. Als Täter und Helfer sind sechs Personen festgenommen worden.

Kampf mit Schmugglern. Die „Daily Mail“ teilt mit, daß eine Gruppe von 60 bewaffneten deutschen Schmugglern eine Postkutsche bei Saargemünd angriff. Zwei französische Zollbeamte wurden schwer verletzt. Nachts machten die Franzosen, die Verstärkung erhalten hatten, einen Angriff auf die Schmuggler, warfen sie über die Grenze zurück und nahmen zehn Deutsche gefangen.

Mit dem Eispickel erschlagen. Auf der Ravensburgerhütte gerieten zwei Viehhirten und zwei Arbeiter des Spulwerkwerkes in Streit. Einer der Arbeiter tötete seinen Geiger, den Währinger Birten Johann Döbler, durch einen Stieb mit dem Eispickel ins Herz.

Aufschlag auf den Südbahn-Schnellzug Wien-Rom. In der Nacht zum Freitag wurde auf dem Südbahn-Schnellzug Wien-Rom ein Aufschlag verübt. Die Gleise bei Spital am Semmering waren durch mehrere Eisenbahnschwellen verbarrikadiert worden. Die Lokomotive, der Tenderwagen und der nachfolgende Personenwagen entgleisten. Die bisher bekannt ist, wurde niemand verletzt. Der Verbrechen widert sich eingeständlich ab. Die Gendarmerie glaubt, daß es sich um den Versuch eines räuberischen Überfalls handelt.

Goldstücke im Unterrock einer Bettlerin. Im Amt im Turke Wil in Worarlberg starb die ehemalige Botengängerin und Händlerin Karolina Nieberber im Alter von 79 Jahren. Bei Leichen hielt man die Frau für eine arme, bedürftige Tückerin; sie nahm Kleider und hat auch um solche. Als sie wegen voranschreitenden Alters ins Amt kam, fiel es auf, daß sie sich von ihrem abgetragenem Unterrock nicht trennen wollte. Dieses Geheimnis klärte sich nach ihrem Tode. Im Unterrock waren 300 Goldstücke eingeklebt. Außerdem hinterließ sie ein Vermögen von 40 000 Schweizer Franken.

Ihr Tänzerideal. Der ideale Tänzer! Wie sah er doch in Großmutter Tagen aus? So plaudert eine junge Dame in einem Londoner Blatt. „Wenn die alte Dame davon erzählt, dann verkünden sich noch heute ihre Bäume. Wie schön war er, wie schlank, wie edel! Wie gut mußte er sich an benehmen, wie fein und ganz waren seine Komplimente, wie geistvoll seine ganze Unterhaltung. Ach, wie enttäuscht würde sie sein, wenn sie den idealen Tänzer von heute sähe. Wir verlangen ganz anderes von unserm Tänzer. Sein Gesicht ist uns ebenso gleichgültig wie sein Benehmen, und seine Unterhaltungsgabe spielt nun schon gar keine Rolle. Aber die Figur? Auch sie ist gleichgültig; er darf nur nicht zu groß sein und nicht zu klein, nicht zu dick und nicht zu dünn. Heute gehen wir nicht mehr zum Ball, um schöne Phrasen zu dreheln und geistreiche Reden zu hören; wir tanzen heute, um zu tanzen. In jenen vergangenen Tagen, da man sich so gerühmt im Kreise drehte oder gar im bedächtigen Schritt des Menuetts dahermundelte, da mag ein eleganter Pflauberer für die Dame ein Glück gewesen sein. Damals wollte man sich und mußte man sich noch beim Tanzen unterhalten. Deutzutage genügt es mir vollkommen, wenn mein Partner in den Pausen sagt: „Deiß, was?“ Und ich glaube auch nicht, daß er sehr viel ausgebreitere Unterhaltungen führen kann. Aber wenn ich dann mit ihm einen Foxtrott oder Tango tanze und zwar richtig tanze, dann bin ich so entzückt von meinem Partner, wie ich nicht von ihm sein würde, wenn er das schönste Gesicht und die witzigste Zunge hätte. Das Tänzerideal meiner Großmutter hat nichts zu tun mit dem, das wir haben. Ja, wir gehen dem Ideal von damals sorgfältig auf dem Wege. Die vorzüglichen Pflauberer können gewöhnlich nicht tanzen, und die so, schönen Männer sind viel zu eitel, als daß sie sich noch recht auf Tanzen legen würden. Das Tänzerideal von heute ist der Tänzer schlechthin, der ein guter Tänzer ist, aber sonst nicht viel mehr. Er weiß, was man von ihm erwartet, und er erfüllt diese Erwartungen. Das ist alles.“

Wie Mozart mit der Nase klavier spielte. Eine lustige Anekdote hat einmal Mozart Hand an, indem er bei einer fröhlichen Gesellschaft zu ihm sagte: „Ich wette um sechs Flaschen Champagner, daß ich ein Stück komponieren will, das Sie nicht vom Blatt spielen können.“ Hand nahm die Wette an, und Mozart warf nun einige Noten aufs Papier. Zunächst war Hand überaus stolz von der Leichtigkeit der Komposition, plötzlich aber hielt er an und fragte: „Wie soll man das bloß spielen? Meine beiden Hände sind an den äußersten Enden des Klaviers, und zu gleicher Zeit soll ich in der Mitte eine Taste anschlagen. Das geht nicht!“ Es geht doch!“ rief Mozart, setzte sich ans Klavier und an der betreffenden Stelle schlug er die Taste in der Mitte an, indem er sie mit der Nasenspitze berührte. Hand mußte das allerdings schwer fassen, denn er hatte eine Stumpfnase, Mozart aber eine sehr lange, und so zahlte denn Hand die sechs Flaschen Champagner.

Albert-Theater-Oper

im Neustädter Schauspielhaus

täglich 7 1/2 Uhr
Sonnabend, 15., Maurer und Schlosser.
Sonntag, 16., Alessandro Stradella.
Montag, 17., Maurer und Schlosser.
Dienstag, 18., Der Freischütz.

Vorverkauf zu allen Veranstaltungen an der Tageskasse von 10 bis 2 und ab 5 Uhr, sowie Konzertdirektion F. Rios, Invalidendank u. Residenztheaterhaus, Telefonische Bestellungen während der Kassenstunden 10671.

Seite 4
Sonnabend, 15. Juli 1922
Ar. 328
Dresdener Nachrichten

Börsen- und Handelsteil.

Depotzwang und Bankgeheimnis.

Der Verband Sächsischer Industrieller richtete eine Eingabe an den Reichstag, in welcher die Wieder-

Die Industrie hat in der gegenwärtigen Zeit aber vor allem deshalb ein Interesse an der Aufhebung des Depotzwangs...

Die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses würde das Zurückdrängen der zurückgehaltenen Vermittler in die Zentren des Geldverkehrs...

Behämpfung minderwertiger Bankfirmen.

Vom Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wird geschrieben: Eine Aktionär-Schutz-

notierter Effekten, im Gegensatz zu amtlich notierten, neuen Ver-

Ein Herr Friedrich C. Träger zu Leipzig, Schön-

Dresdner Produktendese vom 14. Juli. Amtliche Notierungen.

Sachsenwerk, Licht- und Kraft-Aktiengesellschaft in Dresden-

Deutsche Werke A.G. Die Gesellschaft legt in diesem Jahre zum ersten Male eine Abrechnung für ein ganzes Geschäftsjahr vor...

Chemische Werke und Chemische Fabriken Aktiengesellschaft, Berlin.

N. Niedersächsische Montanwerke A.G., Halle. Die 30. ordentliche Hauptversammlung genehmigte die Jahresrechnung...

Deutsche Weinzeugfabrik für Konfektion und Chemische Industrie in Friedrichsruhe (Haben) - Deutsche Ton- und Steinzeugwerke Aktiengesellschaft in Charlottenburg.

Hauptrückstellungen zwecks Genehmigung eines Interzessen-

Continental Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg.

Die Entschädigungsgesetze für verlorengegangene Pöhlungen.

Die Leipziger Herbstmesse, Allgemeine Mustermesse, mit Technischer und Baumeister findet vom 27. August bis 2. September 1922 statt.

Wechselkurse im Freiverkehr am 14. Juli bis abends 6 Uhr.

Leipziger Kurse vom 14. Juli.

Dresdner Handelsregister. Eintragen wurde: die Firma Typendruckerei Auguste...

Druckerei magdalen, 15. Juli 1922, Seite 5

Table with multiple columns: Berliner Kurse vom 14. Juli 1922. Includes sections for Deutsche Staats- u. Stadtanl., Transportwerte, Brauerei-Aktionen, Kolonialwaren, Industrie-Aktionen, Bank-Aktionen, and Ausländische Anleihen.

